

Buckower Lokal-Anzeiger

Zeitung für die Märkische Schweiz

Buckower Bade- u. Verkehrsanzeiger



Erscheint wöchentlich dreimal (Dienstag, Donnerstag, Sonnabend). Bezugspreis mit Postlohn in Buckow monatlich 1,10 R.-M., durch die Post bezogen 1,28 R.-M. einschließlich Bestellgeld. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Kurt Sirch, Buckow, Fernsprecher Nr. 54

Anzeigenpreise: Die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum 0,20 R.-M., im Werbeteil 0,50 R.-M. Anzeigenannahme an den Erscheinungstagen bis spätestens 9 Uhr vormittags. Druck und Verlag: Buchdruckerei Sirch, Buckow (Märkische Schweiz), Königsstraße Nr. 4

Ämtliches Verkündungsblatt für die städtischen Behörden von Buckow, sowie für die Gemeinden Baldstevensdorf, Bollersdorf, Hasenholz usw.

Beilagen: Dienstag: Zeitbilder, illust. Unterhaltungsbeilage • Donnerstag: Der Garten und das Haus (14 täglich) • Sonnabend: Wort und Bild

Nr. 83

Sonntag, den 9. Juli 1933

38. Jahrgang

Neues in Kürze

Bei der Besprechung der Reichsstatthalter nahm der Reichskanzler eingehend zu den grundsätzlichen Fragen der Innen-, Außen- und vor allem der Wirtschaftspolitik Stellung.

Der Reichspräsident empfing die neuernannten Mitglieder der Reichsregierung, Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Darré, und vereidigte sie.

Nachdem nunmehr der Kreis der Bezahler von verbilligtem Fett eine erhebliche Erweiterung erfahren hat, wird geschätzt, daß mehr als 25 Millionen Deutsche für den Bezug des verbilligten Fettes in Frage kommen.

Der frühere Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, ist zum britischen Botschafter am Quirinal ernannt worden.

Von dem seit vier Wochen vermißten Weltflieger Matern ist Nachricht eingetroffen, daß er sich vollkommen gesund in Sibirien befindet.

Arbeit für 5 Millionen!

Reichskanzler Adolf Hitler über Staat und Wirtschaft.

Berlin, 8. Juli.

Auf der Konferenz der Reichsstatthalter machte Reichskanzler Adolf Hitler grundlegende Ausführungen über die Einstellung der nationalsozialistischen Staatspolitik zur Wirtschaft. Der Reichskanzler ging davon aus, daß die politischen Parteien jetzt endgültig beseitigt seien. Dies sei ein geschichtlicher Vorgang, dessen Bedeutung und Tragweite man sich vielfach noch gar nicht bewußt geworden wäre. Wir müssen jetzt die letzten Überreste der Demokratie beseitigen, insbesondere auch die Methoden der Abstimmung und der Mehrheitsbeschlüsse wie sie heute noch vielfach bei den Kommunen, in wirtschaftlichen Organisationen und Arbeitsausschüssen vorkommen und die Verantwortung der Einzelpersonlichkeit überall zur Geltung bringen.

Der Erringung der äußeren Macht muß die innere Erziehung der Menschen folgen.

Man müsse sich davor hüten, rein formale Entscheidungen von heute auf morgen zu fällen und davon eine endgültige Lösung erwarten. Die Menschen vermögen leicht die äußere Form in ihre eigene geistige Ausprägung umzubiegen.

Man dürfe erst umschalten, wenn man die geeigneten Personen für die Umschaltung habe.

Es sind mehr Revolutionen im ersten Ansturm gelungen, als gelungene Aufgefangen und zum Stehen gebracht worden. Die Revolution ist kein permanenter Zustand, sie darf sich nicht zu einem Dauerzustand ausbilden. Man muß den frei gewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten. Die Erziehung der Menschheit ist dabei das wichtigste. Der heutige Zustand muß verbessert und die Menschen, die ihn verkörpern, müssen zur nationalsozialistischen Staatsauslösung erzogen werden.

Man darf daher nicht einen Wirtschaftler absehen, wenn er ein guter Wirtschaftler, aber noch kein Nationalsozialist ist, zumal dann nicht, wenn der Nationalsozialist, den man an seine Stelle setzt, von der Wirtschaft nichts versteht! In der Wirtschaft darf nur das Können ausschlaggebend sein.

Die Aufgabe des Nationalsozialismus ist die Sicherstellung der Entwicklung unseres Volkes. Man soll aber nicht herumfuchsen, ob noch etwas zu revolutionieren ist, sondern wir haben die Aufgabe, Position um Position zu sichern, um sie zu halten und allmählich mustergeräufig zu setzen. Wir müssen dabei unser Handeln auf viele Jahre einstellen und in ganz großen Zeiträumen rechnen. Durch theoretische Gleichschaltungen schaffen wir keinem Arbeiter Brot. Die Geschichte aber wird ihr Urteil über uns nicht danach abgeben, ob wir möglichst viele Wirtschaftler abgesetzt und eingesperrt haben, sondern danach, ob wir es verstanden haben, Arbeit zu schaffen. Wir haben heute absolut die Macht, uns überall durchzusetzen. Aber wir müssen die abgesetzten Menschen auch durch bessere ersetzen können.

Der Wirtschaftler muß in erster Reihe nach seinen wirtschaftlichen Fähigkeiten beurteilt werden, und wir müssen selbstverständlich die wirtschaftliche Apparatur in Ordnung halten.

Mit Wirtschaftskommissionen, Organisationen, Konstruktiven und Theorien werden wir die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen.

Es kommt jetzt nicht auf Programme und Ideen, sondern auf das tägliche Brot für 5 Millionen Menschen an.

Die Wirtschaft ist ein lebendiger Organismus, den man nicht mit einem Schlag verwandeln kann. Die Wirtschaft baut sich nach primitiven Gesetzen auf, die in der menschlichen Natur verankert sind. Die geistigen Bazillenträger, die jetzt in die Wirtschaft einzubringen suchen, bringen Staat und Volk in Gefahr. Man darf nicht die praktische Erfahrung ablehnen, weil sie gegen eine bestimmte Idee ist.

Wenn wir mit Reformen vor die Nation hinstreten, müssen wir auch beweisen, daß wir die Dinge verstehen und

sie meistern können. Unsere Aufgabe heißt Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit! Aus dem Gelingen der Arbeitsbeschaffung werden wir die stärkste Autorität erhalten.

Unser Programm ist nicht geschaffen, um schöne Besten zu machen, sondern um dem Deutschen Volke das Leben zu erhalten. Die Ideen des Programmes verpflichten uns nicht, wie Narren zu handeln, und alles umzusetzen, sondern klug und vorsichtig unsere Gedankengänge zu verwirklichen.

Auf die Dauer wird die machtpolitische Sicherheit um so größer sein, je mehr es uns gelingt, sie wirtschaftlich zu untermauern.

Die Reichsstatthalter hätten dafür zu sorgen und seien dem Reichskanzler dafür verantwortlich, daß nicht irgendwelche Organisationen oder Parteien sich Regierungsbeschlüsse anmaßen, Personen absetzen und Ämter besetzen, wofür allein die Reichsregierung, also in bezug auf die Wirtschaft allein der Reichswirtschaftsminister zuständig wäre.

Die Partei ist jetzt der Staat geworden. Alle Macht liegt bei der Reichsgewalt. Es muß verhindert werden, daß das Schwergewicht des deutschen Lebens wieder in einzelne Gebiete oder gar Organisationen verlagert wird. Es gibt keine Autorität mehr aus einem Teilgebiet des Reiches, sondern nur aus dem deutschen Volksgebiet.

Marginalistische Geheimbündelei

Gefahrte Verzezentrale ausgehoben.

Berlin, 8. Juli.

Unter dem Namen „Beratungsstelle für Verzele“ hatte sich in Berlin eine Vereinigung marginalistischer und anarchistischer Verzele aufgetan, von deren Bestehen nationalsozialistische Verzele erst durch Zufall Kenntnis erhielten. Die nationalsozialistischen Verzele erstatteten sofort Anzeige. Bei einer sorgfältig vorbereiteten Aktion konnten über 30 marginalistische Verzele verhaftet und zahlreiches Material beschlagnahmt werden.

Schon bei flüchtiger Durchsicht des beschlagnahmten Materials ergab sich, daß die „Beratungsstelle für Verzele“ ein staatsfeindliches Unternehmen darstellte, das in gewissem Sinne u. a. auch ein Mittelpunkt zur Vorbereitung von Greuelpropaganda war. Die Organisation war in Verbindung mit der jüdischen Gemeinde zu Berlin aufgezo-

Nur eine Reichskirche

Der Kanzler über Kirche und Staat.

London, 8. Juli.

Der Dean von Chichester (England) berichtet in einem Briefe an die englische Zeitung „Times“ von einer Unterredung, die er mit dem Reichskanzler über das Verhältnis von Kirche und Staat hatte.

Er sagt darin, der Reichskanzler hätte ihm nachdrücklich versichert, daß es nicht seine Absicht sei, in die innere Tätigkeit der Kirchen einzugreifen.

Er habe gesagt: Ich bin Katholik, mein Platz ist nicht in der evangelischen Kirche. Er wünsche die moralischen Kräfte zu stärken.

Er wünsche eine einzige Reichskirche und hoffe, daß diese möglichst bald in die Erscheinung trete und einen Reichsbischof wählen werde. Er sei gezwungen gewesen einzugreifen, weil er einen Notfall vorgefunden habe.

Er hoffe, daß die Schwierigkeiten jetzt überwunden werden könnten und daß die neue, von den Kirchenführern ausgearbeitete Verfassung zu einer Vereinheitlichung der Kirche führen werde.

Bei Verhandlungen mit der römisch-katholischen Kirche habe er es mit einer einzigen Institution zu tun, er wolle bei der evangelischen Kirche in derselben Lage sein. Die Kirchen dürften sich nicht in die Politik einmischen, in religiösen Dingen würden sie völlige Freiheit haben.

Anordnung des Kirchen-Kommissars

Der Kommissar für die evangelischen Landeskirchen in Preußen, Jäger, erläßt folgende Anordnung:

1. Meine heute bei mir versammelten Bevollmächtigten aus ganz Preußen berichten übereinstimmend von dem gewaltigen Widerhall, den das Werk der Hilfe des Staates zur Selbsthilfe der Kirche im Kirchenvolke gefunden hat.

2. In Weiterführung des gemeinsamen Werkes aller zum Neubau der Deutschen Evangelischen Kirche willigen Kräfte übertrage ich auf den Herrn Bevollmächtigten des Herrn Reichskanzlers, Wehrkreispfarrer Müller, im Einverständnis mit ihm das Recht der obersten Kirchenleitung, der Evangelischen Landeskirche der Altpreußischen Union.

Empfang evangelischer Kirchenvertreter

Berlin, 8. Juli.

Entsprechend dem ihm durch den Reichskanzler übermittelten Auftrag des Reichspräsidenten empfing der Reichsinnenminister Dr. Frick die Vertreter der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union, Vizepräsident des Evangelischen Oberkirchenrates D. Hundt, Generalsuperintendent D. Karow, Geheimrat und Oberkonsistorialrat D. Karnay und Oberkonsistorialrat Henselmann.

Der Minister nahm die Darlegungen der Kirchenvertreter über ihre Beurteilung der tatsächlichen und rechtlichen

Lage entgegen und gab der Erwartung Ausdruck, daß es mit Unterstützung aller Beteiligten gelingen möge, den Frieden innerhalb der evangelischen Kirche baldigst wiederherzustellen. Es ist zu hoffen, daß dieses Ziel durch weitere Verhandlungen in Kürze erreicht wird.

Bei den deutsch-russischen Flüchtlingen

Besuch im Schneidemühlener Flüchtlingslager.

Der Volksbund für das Deutschtum im Ausland hat zu einer großen Sammlung und zu einer gewaltigen Protestkundgebung aufgerufen, um deutschen Bauern in Sowjetrußland, die fast alle dem Hungertode preisgegeben sind, Hilfe zu bringen. Die Nachrichten, die aus den russischen Grenzgebieten zu uns kommen, sind so haarsträubend, daß man sie fast nicht zu glauben vermag. Zu hunderten verlassen die bedauernswerten geplogten Deutschrufen ihre ehemals blühenden Besitzungen, um nach Deutschland zu emigrieren. Wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit noch besitzen, werden sie von den Sowjetbehörden in der Regel freigelassen. Allerdings können sie meistens nur das Notdürftigste mitnehmen, so daß sie völlig mittellos in Deutschland eintreffen.

Diese Flüchtlinge werden in das eigens für diese Zwecke eingerichtete Lager nach Schneidemühl, der Hauptstadt der Grenzmark Posen-Westpreußen, gebracht, wo sie eine erste Unterkunft und Verpflegung finden. Es sind zum größten Teil Bauern aus dem Wolgagebiet und der Ukraine, die sich gegenwärtig dort befinden, 357 an der Zahl. Wenn man den Lager einen Besuch abstattet, wird einem erst so richtig die erschreckende und grauenvolle Lage dieser deutschen Volksgenossen klar. Sie sind familienweise in einzelnen Zimmern untergebracht, die provisorisch in den riesigen Fabrikhallen der ehemaligen Albatroswerke eingerichtet wurden. Den meisten sind die unlagbaren Qualen und Leiden im Gesicht eingemeißelt. Blass niedergeschlagen und stumpf sitzen sie herum und warten auf Nachrichten von ihren Angehörigen, die sie im Lande des Grauens zurücklassen mußten. Der eine hat einen alten Vater im Wolgagebiet, der wegen irgendeines konstruierten Verbrechens zu langer Zwangsarbeit verurteilt wurde, die den sicheren Tod bedeutet. Aber auch die anderen, die noch frei sind, erwartet ein furchtbares Schicksal, der Hungertod. Denn es gibt in den einst fruchtbaren Wolgagebieten und in der Ukraine heute nichts mehr zu essen.

Die Bauern im Schneidemühlener Lager erzählen von furchtbaren Erlebnissen. Der eine konnte beobachten, wie eine Mutter, die halb irrsinnig vor Hunger war, ihre beiden Kinder schlachtete und als Speise zubereitete. In einem anderen Fall gruben hungrige Bauern frisch belagerte Leichen auf dem Friedhof aus. Kurz nach dem Genuß dieser grauenvollen Nahrung brachen sie zusammen und starben. Auf dem Marktplatz einer Kreisstadt lagen Hunderte von erschöpften Bauern; niemand kümmerte sich um sie.

Aus den Berichten der Flüchtlinge geht hervor, daß es der sowjetrussischen Herrschaft nicht mehr möglich ist, nur einigermaßen genügend Nahrung heranzuschaffen. Schuld ist die verächtliche Kollektivwirtschaft, die den Bauern das Getreide nach der Ernte abnimmt. Für teures Geld müssen die Bauern im Frühjahr das Saatgut zurückkaufen.

Ab und zu treffen Briefe von den zurückgebliebenen Wolgadeutschen im Schneidemühlener Lager ein. Ihr Inhalt ist nur eine einzige Klage. Die Leute haben nicht mehr das geringste zu essen, und einer nach dem anderen stirbt dahin.

Die deutschrussischen Flüchtlinge sind glücklich, daß sie das deutsche Reichsgebiet erreichen konnten. Sie wännen sich wie im Paradiese. Die Regierung wird sie nach und nach als Landarbeiter in Deutschland unterbringen. Wenn es gelang, noch etwas Geld mitzubringen (die Bauern waren zum größten Teil alle recht wohlhabend), der wird sich irgendwo ansiedeln.

Die Post wird billiger

Gebührenermäßigungen beschlossen.

Berlin, 8. Juli.

In der Verwaltungsratsitzung der Deutschen Reichspost gab der Reichspostminister einen kurzen Überblick über die Verkehrs- und Finanzlage der Deutschen Reichspost. Er führte aus, daß in den letzten Monaten in fast allen Verkehrszweigen eine gewisse, über das saisonübliche Maß hinausgehende konjunkturelle Belebung festgestellt werden konnte. Die Verwaltung erhoffe für die kommenden Monate eine Verkehrszunahme und damit auch eine günstigere Entwicklung der Einnahmen.

Unter anderem nahm der Verwaltungsrat die vom Reichspostminister für die Aenderung der Fernsprechanordnung und der Postordnung gemachten Vorschläge an. Von Verwaltungsseite wurde ausgeführt, daß die Deutsche Reichspost beabsichtigt, durch Aenderung der Gebühren die Bestrebungen der Reichsregierung auf Belebung der Wirtschaft und Verringerung der Arbeitslosigkeit zu unterstützen.

Im Fernsprechverkehr fällt u. a. vom 10. Juni an der